



MITTAGSPOST Corona Spezial/25.03. Ausgabe 06/2020

Wir helfen den Menschen

Die Corona-Epidemie zwingt den Bundestag zur Eile, denn vielen Menschen, die von den aktuellen Einschränkungen betroffen sind, brechen die Einkünfte weg. Aus diesem Grund haben wir heute eine Reihe [beispielloser Maßnahmen](#) beschlossen, um den Menschen konkret, schnell und unbürokratisch zu helfen. Einer der existenziellsten Punkte dabei ist: **Niemand soll aufgrund der Epidemie sein Zuhause verlieren.** Wer wegen der Corona-Krise Schwierigkeiten bekommt, die Miete oder Grundversorgung wie Strom oder Gas zu bezahlen, bekommt einen **Aufschub** gewährt. Wo trotz Lohnfortzahlung, Kurzarbeitergeld für Beschäftigte und direkte Unterstützungsleistungen für Gewerbetreibende und Selbständige das Geld nicht reicht, um Miete oder Pacht zu bezahlen, **werden wir das Recht einschränken, Miet- und Pachtverhältnissen wegen Zahlungsrückständen zu kündigen.** Voraussetzung ist, dass die Rückstände durch die Krise verursacht sind. Das müssen die Betroffenen glaubhaft machen. Der krisenbedingte Kündigungsschutz endet nach 24 Monaten. Damit besteht ausreichend Zeit, die ausstehenden Mietzahlungen nach Ausklingen der Pandemie nachzuholen. Das gilt für Wohn- als auch Gewerberaummieten. Auch **Darlehensnehmer** werden von der Corona-Krise getroffen. **Zahlungspflichten** aus Darlehensverträgen, die bis zum 30. Juni 2020 fällig werden, sollen gesetzlich **um drei Monate gestundet** werden, wenn Schuldner*innen infolge der Pandemie nicht zahlen können.

Soziale Maßnahmen

Wir haben das [Krankenhausentlastungsgesetz](#) auf den Weg gebracht, um COVID-19 bedingte finanzielle Belastungen der Krankenhäuser und weiteren Gesundheitseinrichtungen auszugleichen. Mit diesem Gesetz, das diese Woche noch von Bundesrat verabschiedet wird, unterstützen wir Krankenhäuser dabei, den zu erwartenden steigenden Bedarf an Intensiv- und Beatmungsplätzen zu bewältigen. Es hilft, Erlösausfälle und Defizite zu vermeiden und stellt ihre Liquidität kurzfristig sicher. Außerdem haben wir Maßnahmen beschlossen, um Eltern zu unterstützen, die ihre Kinder hüten müssen. Nun steht es im Infektionsschutzgesetz: Bei behördlicher Schließung von Schulen und Kitas wird es einen [Entschädigungsanspruch für Verdienstaufälle](#) geben. So werden Verdienstaufälle von erwerbstätigen Sorgeberechtigten abgemildert, die Kinder bis im Alter von 12 Jahre haben und die ihre Kinder aufgrund der Schließung selbst betreuen müssen. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen keine anderweitige zumutbare Betreuung (anderes Elternteil oder Notbetreuung in den Einrichtungen) organisieren können. Risikogruppen wie z.B. die Großeltern des Kindes müssen dazu nicht herangezogen werden. Diese [und auch unsere anderen Maßnahmen](#) sind Unterstützungen, die wir in einer noch nie dagewesenen Situation leisten. Wir werden ständig beobachten, wie erfolgreich sie sind und wo wir möglicherweise noch nachbessern müssen.

Wir stützen die Wirtschaft

Vielen kleinen Unternehmen, Selbstständigen, Künstlern und Gewerbetreibenden steht das Wasser bis zum Hals. Deshalb stellen wir neben den Liquiditätskrediten, den Verbesserungen bei der Kurzarbeit auch Zuschüsse für genau diese Unternehmer, die die Krise am stärksten trifft, zur Verfügung.

So bekommen Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise in Schwierigkeiten gekommen sind, bei bis zu fünf Beschäftigten 9.000 Euro. Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern erhalten 15.000 Euro. Die Auszahlung erfolgt als Einmalzahlung und soll den Unternehmen helfen Mieten, Pachten, Strom oder ähnliche Aufwendungen in den nächsten drei Monaten zahlen zu können. Die Beantragung soll elektronisch und über die N-Bank des Landes Niedersachsen erfolgen, das ebenfalls finanzielle Unterstützung für kleine Unternehmen zugesagt hat. Eine Beantragung ist bereits heute ab 15 Uhr auf der Internetseite der N-Bank möglich. Auch diese Mittel müssen nicht zurückgezahlt werden und sind [hier](#) zu finden. Mehr finden Sie auf der Seite des Bundesfinanzministeriums: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/>



Der wichtige Sitzungstag des Bundestages begann pünktlich um 9 Uhr mit Olaf Scholz. Wir saßen alle mit ausreichend Abstand, ich erstmalig auch auf der Besuchertribüne - ohne Besucher. Heute wurden in großem Tempo viele krisenbewältigende Maßnahmen beschlossen, über die wir erst gestern in der Fraktion beraten hatten. Die, die es am schwersten haben, trifft eine Krise immer zuerst. Uns allen war klar: Wichtig ist jetzt, dass wir geschlossen und entschlossen handeln ohne Angst davor, tiefgreifende Entscheidungen zu treffen. Und das tun wir.

Hilfe für die Landwirt*innen

Aus landwirtschaftlicher Sicht haben wir am Mittwoch ebenfalls einiges auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen der Krise abzumildern. Mir ist wichtig, dass auch die Landwirte und Landwirtinnen schnell und unbürokratisch [Unterstützung](#) erhalten, damit ihre wirtschaftliche Zukunft nicht zu sehr gefährdet wird und um weiterhin die Grundversorgung für uns alle sicherstellen zu können.

Dadurch, dass wir die **Land- und Ernährungswirtschaft zu systemrelevanter Infrastruktur erklärt** haben, kann trotz Quarantänemaßnahmen und Betriebsschließungen weiter gearbeitet werden.

Um genügend **Saisonarbeitskräfte** zu mobilisieren, haben wir die Arbeitsbegrenzung für kurzfristig Beschäftigte von 70 auf 115 Tage verlängert und die Hinzuverdienstgrenze für Ruheständler deutlich angehoben. Die vorübergehenden Anpassungen bei der Arbeitnehmerüberlassung, dem Kurzarbeitergeld und dem Hinzuverdienst für Ruheständlern machen neue kreative Vermittlungsplattformen besonders attraktiv. Ein gutes Beispiel ist die Plattform „[daslandhilft.de](#)“, die Arbeitssuchende und Landwirtschaftsbetriebe schnell und unkompliziert zusammenbringt. Sie wurde erst diese Woche vom Maschinenring Deutschland und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufen.

Auch [schützen wir die Landwirte vor Kündigung von Pachtverträgen](#), wenn es aufgrund finanzieller Probleme durch die Corona-Krise zu Zahlungsengpässen kommt (bis zum 30. Juni).

Solo-Selbstständigen und kleinen Unternehmen der Landwirtschaft, die durch die Corona-Krise in Notlage geraten, kann mit [Zuschüssen](#) ebenfalls geholfen werden.